

Verfahrensordnung zum „Niedrigschwelligen Beratungsangebot für Psychotherapie-Patienten“ der Psychotherapeutenkammer Niedersachsen (PKN)

Verabschiedet von der Kammerversammlung der PKN am 07.04.2018, zuletzt geändert durch Beschluss der Kammerversammlung vom 26.10.2019.

§ 1

Einrichtung und Aufgaben

- (1) Bei der PKN ist ein besonderes, niedrigschwelliges Beratungsangebot von Psychotherapeuten¹ für Patienten eingerichtet, die Psychotherapie bei Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten wahrnehmen oder wahrgenommen haben.
- (2) ¹Zielsetzung des Angebots ist die Information und vertrauliche Beratung von Patienten im Umgang mit einer von ihnen als problematisch empfundenen Situation/Rahmenbedingung im Zusammenhang mit einer psychotherapeutischen Behandlung. ²Das Beratungsangebot erstreckt sich auch auf Angehörige von Patienten.

§ 2

Zusammensetzung

- (1) ¹Der Vorstand beruft bis zu vier Mitglieder der PKN als Berater. ²Mindestens ein Berater soll Kinder und Jugendlichenpsychotherapeut sein. ³Nicht berufen werden können Mitglieder des Vorstands sowie Mitarbeiter der PKN. ⁴Eine Geschlechterparität in der Besetzung wird angestrebt.
- (2) ¹Die Berufung der Berater erfolgt für die Dauer von zwölf Monaten. ²Der Vorstand kann jederzeit die Berufung eines Beraters widerrufen oder das Ruhen der Berufung beschließen. ³Berater können die Beendigung ihrer Tätigkeit schriftlich gegenüber dem Vorstand der PKN erklären. ⁴Die Berufung endet zudem bei Eintritt eines Berufungshindernisses gemäß Absatz 1 Satz 3. ⁵Soweit Beratungskontakte zu Ratsuchenden noch nicht abgeschlossen sind, bietet der ausscheidende Berater dem Ratsuchenden die Übernahme der Beratung durch die verbleibenden Berater an.
- (3) Die Mitglieder der Kammerversammlung der PKN werden jeweils über die Berufung und das Ende der Berufung informiert.

§ 3

Unabhängigkeit und Pflichten der Berater

- (1) ¹Die Berater sind bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unabhängig. ²Sie handeln nach psychotherapeutischen und berufsethischen Grundsätzen. ³Hat ein Berater Bedenken, dass er die Unabhängigkeit nicht wahren kann oder er befangen sein könnte, so hat er den Ratsuchenden darüber zu informieren und ihm gegebenenfalls die Fortführung durch einen anderen Berater anzubieten. ⁴Die Berater sind zur Vertraulichkeit und Verschwiegenheit verpflichtet.
- (2) ¹Die Berater gewährleisten die Erreichbarkeit der Beratung für Patienten in Psychotherapie im Rahmen des § 4 Abs. 1 Satz 1. ²Sie stehen sich gegenseitig zur kollegialen Beratung zur Verfügung (unter Wahrung der Verpflichtung zur Verschwiegenheit).
- (3) ¹Der Vorstand bestimmt eines seiner Mitglieder als Ansprechperson für die Berater. ²Diese Ansprechperson kann auch einen Austausch der Berater mit Mitarbeitern der Geschäftsstelle zu in der Beratung aufgetretenen Fragestellungen vermitteln. ³Auch insoweit gilt allerdings die Pflicht der Berater zur Verschwiegenheit.
- (4) ¹Die Tätigkeit der Berater ist nicht Teil von Verwaltungsverfahren der PKN. ²Im Rahmen der Beratung findet zudem weder eine Behandlung noch Rechtsberatung statt, ggf. weisen sie die Ratsuchenden darauf hin. ³Die Berater geben keine rechtlichen Stellungnahmen ab und erstellen keine rechtlichen oder fachlichen Gutachten für die Ratsuchenden.
- (5) ¹Die Verpflichtung der Berater zur Verschwiegenheit gilt auch gegenüber dem Vorstand und sonstigen Funktionsträgern sowie Mitarbeitern der PKN. ²Ergibt sich im Rahmen einer Beratung, dass ein Handeln der PKN aufgrund der gesetzlichen Aufgabe der Berufsaufsicht gemäß § 9 Absätze (1) und (3) des HeilKammergesetzes in Betracht kommt, sollen die Berater Ratsuchende auf die Möglichkeit aufmerksam machen, sich an den Vorstand, die Schlichtungsstelle und die Berufsaufsicht der PKN zu wenden. ³Gesetzliche Anzeigepflichten bleiben unberührt.
- (6) Die Berater berichten dem Vorstand der PKN in anonymisierter Form in einem jährlichen Bericht über ihre Arbeit und die Inanspruchnahme der Beratung für Patienten in Psychotherapie.

§ 4

Verfahrensweisen

- (1) ¹Die Informationen zur Erreichbarkeit der Beratung für Patienten in Psychotherapie werden auf der Internetseite der PKN bekannt gemacht. ²Ratsuchende wenden sich direkt an die Berater. ³Die Beratung kann auch anonym wahrgenommen werden.
- (2) ¹Für die Beratung für Patienten in Psychotherapie wird eine eigene Telefon-Nummer eingerichtet. ²Es wird zudem die Einrichtung einer Kontakt- und Beratungsmöglichkeit mittels anderer elektronischer Kommunikationsmedien (z.B. über das Internet) angestrebt, soweit mit angemessenen Mitteln die technischen Voraussetzungen für einen Schutz persönlicher Daten geschaffen werden können.

¹ Alle in der vorliegenden Verfahrensordnung verwendeten Personen- und Gruppenbezeichnungen gelten sowohl für Frauen als auch für Männer.

- (3) ¹Die Kammerversammlungsmitglieder werden einmal jährlich in anonymisierter Form über die Beratungstätigkeit informiert.

§ 5

Kosten

- (1) Für die Beratung werden gegenüber den Ratsuchenden keine Gebühren erhoben.
- (2) ¹Die Tätigkeit der berufenen Berater erfolgt ehrenamtlich. ²Die Berater erhalten eine Entschädigung entsprechend den Regelungen der Reisekosten- und Sitzungsgelderordnung für Organmitglieder der Psychotherapeutenkammer Niedersachsen für vom Vorstand beauftragte Kammermitglieder. ³Über den zeitlichen Umfang des Beratungsangebots sowie der notwendigen Vor- und Nachbereitungszeit und die Erforderlichkeit der Zurverfügungstellung von Sachmitteln zu seiner Umsetzung beschließt der Vorstand. ⁴Der vom Vorstand beschlossene Umfang des Beratungsangebotes sowie der notwendigen Vor- und Nachbereitungen gilt als Sitzungszeit im Sinne des § 3 Abs. 2 der Reisekosten- und Sitzungsgelderordnung für Organmitglieder der Psychotherapeutenkammer Niedersachsen.

§ 6

In-Kraft-Treten

Diese Verfahrensordnung tritt nach dem Tag ihrer Bereitstellung auf der Internetseite der Psychotherapeutenkammer (<https://www.pknds.de>) in Kraft.

Hannover, den 26.10.2019

Roman Rudyk
Präsident der Psychotherapeutenkammer Niedersachsen